

Entwurf

Zweckvereinbarung

zwischen

**dem Landkreis Leer, vertreten durch den Landrat - nachfolgend Landkreis genannt - ,
Friesenstraße 34/36, 26789 Leer**

und

**der Stadt Emden, vertreten durch den Oberbürgermeister, - nachfolgend Stadt ge-
nannt - , Frickensteinplatz 2, 26721 Emden**

Präambel

Im Zuge der Umsetzung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (angenommen in der 58. Weltgesundheitsversammlung am 23. Mai 2005) sowie des Gesetzes zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften 2005 (IGV-Durchführungsgesetz – IGV-DG) vom 21. März 2013 (BGBl. I S. 566) wurde seitens des Landes Niedersachsen durch Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst vom 24. März 2006, geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.12.2013 (Nds. GVBl. S. 282), u.a. die Aufgaben des hafenärztlichen Dienstes allen Landkreisen und kreisfreien Städte übertragen.

In der Praxis nimmt der hafenärztliche Dienst der Stadt Emden bereits seit dem Jahre 2006 die Aufgaben nach §§ 15, 18 und 19 IGV-DG für den Seehafen Leer wahr. Aus Sicht des Landkreises Leer und der Stadt Emden hat sich die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren in der hafenärztlichen Versorgung des Seehafens Leer bewährt. Es ist daher zwischen den beiden Kommunen verabredet worden, die bestehende Regelung fortzuführen.

Aufgrund der nun bestehenden Rechtsgrundlagen wird gem. § 5 des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) nachstehender Vertrag geschlossen.

§ 1

Inhalt und Umfang

Der Landkreis überträgt gem. § 5 Abs. 1 Satz 1 des Nds. Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) in der Fassung vom 21. Dezember 2011 der Stadt für den Seehafen Leer die Aufgaben des hafenärztlichen Dienstes gem. dem Gesetz über die Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften 2005 (IGV-DG) in der Fassung vom 21. März 2013 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes zur Änderung des Nds. Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (NGÖGD) in der Fassung vom 11.12.2013 mit Wirkung vom 01.01.2014.

Die Übertragung umfasst die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 15 (Entgegennahme der Seegesundheitserklärung), § 18 (Erteilung der freien Verkehrserlaubnis) und § 19 (Überprüfung der Schiffshygiene) des IGV-Durchführungsgesetzes (IGV-DG).

Des Weiteren führt der hafenärztliche Dienst der Stadt, bei Bedarf bei Schiffen im nationalen Verkehr, alle erforderlichen Überprüfungen nach der Trinkwasserverordnung durch. Ausgenommen sind ortsgebundene Schiffe mit einer ständigen Wasserversorgung, wie z.B. Restaurantschiffe.

Die Ausstellung von Rezepten für die Schiffsapotheken nach dem Betäubungsmittelgesetz vom 01. März 1994, zuletzt geändert durch Artikel 4 Absatz 7 des Gesetzes zur Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes vom 07. August 2013 obliegt ausschließlich dem hafenärztlichen Dienst der Stadt.

Der Landkreis setzt die Stadtwerke Leer, als Betreiberin des Seehafens, von der Übertragung der Aufgaben in Kenntnis.

§ 2

Notfallplanung

Dem hafenärztlichen Dienst der Stadt wird seitens des Hafensbetreibers die gem. § 13 Abs. 9 IGV-DG geforderte Notfallplanung zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus erklärt sich der hafenärztliche Dienst der Stadt bereit, dem Landkreis im Falle eines Schadensereignisses im Hafen Leer bei Bedarf fachberatend zur Verfügung zu stehen.

§ 3

Kostenregelung

Die Stadt stellt die personelle und sächliche Ausstattung des hafenärztlichen Dienstes sicher.

Für die entstandenen Aufwendungen erhält die Stadt vom Land Niedersachsen eine pauschale jährliche Kostenerstattung. Darüber hinaus werden für die erbrachten Amtshandlungen Gebühren und Auslagen nach der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) vom 05. Juni 1997, in der zur Zeit gültigen Fassung, in Verbindung mit dem Nds. Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) vom 25. April 2007, in der zur Zeit gültigen Fassung, erhoben. Die Einnahmen aus Gebühren und Auslagen fallen ausschließlich der Stadt zu.

Der Landkreis Leer beteiligt sich im Rahmen der Kostenberechnung (Anlage 1) an den ungedeckten Kosten für den hafenärztlichen Dienst. Die anteiligen Kosten werden pauschal abgegolten und jährlich zum 01.07. eines Jahres an die Stadt Emden gezahlt. Die Kostenberechnung soll, mit Wirkung ab dem jeweiligen Folgejahr, alle 5 Jahre aktualisiert werden.

§ 4

Haftung

Die Stadt haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen als Anstellungsträger bzw. Dienstherr ausschließlich für die Schäden, die städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Dritten in Ausübung ihrer dienstlichen Funktionen verursachen.

§ 5

In-Kraft-Treten, Kündigung

Die Vereinbarung tritt am Tage nach der letzten Bekanntmachung (§ 5 Abs.6 NKomZG) in Kraft.

Die Vereinbarung kann mit einer Frist von einem Jahr zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden.

Die Anlage 1 kann mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden.

Diese Vereinbarung kann im beiderseitigen Einvernehmen jederzeit schriftlich aufgelöst werden.

§ 6

Schlussbestimmungen

Ergänzungen oder Veränderungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform. Nebenabreden bestehen nicht.

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden oder sollte sich in der Vereinbarung eine Lücke befinden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen selbst nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung treten, die, soweit möglich, dem an nächstem kommt, was die Vertragsparteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieser Vereinbarung gewollt haben würden, wenn sie den Punkt bedacht hätten.

Leer/Emden, den

Stadt Emden
Der Oberbürgermeister

Landkreis Leer
Der Landrat

Bornemann

Bramlage